

2065/J XX.GP

der Abgeordneten Mag. Schweitzer, MMag.Dr. Brauneder, Mag.Dr. Udo Grollitsch, Madl, DI Schöggel und Kollegen

an die Frau Bundesminister für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten  
betreffend Kosten durch die Einführung der Rechtschreibreform

Die Proteste gegen die Rechtschreibreform reißen seit der Unterzeichnung der internationalen Vereinbarung zur Reform der deutschen Rechtschreibung am 1. Juli 1997 nicht ab:

Sprachexperten bezweifeln, daß es sich dabei tatsächlich um eine Reform handelt, Autoren und namhafte Verlage formulieren eine klare Ablehnung gegen die neue Orthographie.

Abgesehen von der Frage nach der Sinnhaftigkeit der Reform - zumindest in manchen Teilen - löst die Einführung der neuen Rechtschreibung eine ungeahnte Kostenlawine aus. Ersten Schätzungen zufolge rechnen die österreichischen Verlage mit Mehrkosten in der Höhe von 100 Millionen Schilling. Den größten Anteil an den Kosten macht die Umstellung der ca. 3500 Schulbücher aus, so daß man in diesem Bereich von Kosten in der Höhe von 80 Millionen Schilling auf vier Jahre verteilt für die Adaptierung der Unterrichtsmittel ausgeht. Gerade in Zeiten rigoroser Sparmaßnahmen ist es unverantwortlich, das Budget, insbesondere den FLAF, mit zusätzlichen Kosten zu belasten, wohingegen die fondseigenen Leistungen gekürzt werden müssen.

Angesichts der bereits angelaufenen Rechtschreibreform überraschte eine in den Medien wiedergegebene Absicht von Unterrichtsministerin Gehrler, die auf die Frage nach der Reaktion Österreichs für den Fall, daß in Deutschland tatsächlich die Rechtschreibreform aufgeschoben oder aufgegeben werde, meinte. "Österreich werde nicht wie ein Musterschüler die Reform im Alleingang einführen," und sie, Gehrler, selbst, 'habe ohnehin nie ein Hehl daraus gemacht, daß diese Reform nicht ihr Wunschkind war', (Kurier 20.2.1997).

Aus diesem Grund stellen die unterzeichneten Abgeordneten an die Frau Bundesminister für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten nachstehende  
Anfrage:

1. Wurde die österreichische Bevölkerung über die Rechtschreibreform informiert und wenn ja, wie und wenn nein, warum nicht?
2. In welchen Bereichen muß die neue Rechtschreibung verbindlich zur Anwendung kommen, in welchen fakultativ bzw. nach freier Vereinbarung?
3. In welcher Form ist eine Umschulung auf die neue Rechtschreibung der an Österreichs Schulen unterrichtenden Lehrer und Lehrerinnen erfolgt und falls nein, warum nicht?
4. Wie wirkt sich die Einführung der neuen Rechtschreibung auf die Urheberrechte im Schulbuchbereich aus und inwieweit sind Änderungen aufgrund des derzeit bestehenden Urheberrechtsgesetzes zulässig?
5. Wie sieht der genaue zeitliche Rahmen für die Adaptierung der österreichischen Schulbücher auf die neue Rechtschreibung aus?

6. Wie hoch sind die Kosten, die durch die Umstellung der Schulbücher auf die neue Rechtschreibung entstehen und wie werden diese finanziellen Mehraufwendungen bedeckt?
7. Wie hoch sind die veranschlagten Kosten, die durch die Umstellung auf die neue Rechtschreibung entstehen, für die öffentlichen Haushalte wie Bund, Länder und Gemeinden?
8. Wie hoch sind Ihrer Kenntnis nach die Kosten, die durch die Umstellung auf die neue Rechtschreibung insgesamt entstehen werden?
9. Warum haben Sie die internationale Vereinbarung zur Reform der deutschen Rechtschreibung unterzeichnet, obwohl Sie in den Medien mit der Aussage zitiert wurden, daß "diese Reform nicht Ihr Wunschkind sei" (Kurier 20.2.1997)?
10. Welche konkreten Schritte werden Sie unternehmen, für den Fall, daß die Rechtschreibreform in Deutschland aufgeschoben oder ausgesetzt werden sollte?